

MONITORING- UND BESCHWERDESTELLE NRW

Die Monitoring- und Beschwerdestelle NRW erfasst Meldungen und Beschwerden im Zusammenhang mit freiheitsbeschränkenden und freiheitsentziehenden Maßnahmen.

Freiheitsbeschränkende und freiheitsentziehende Maßnahmen schränken die Bewegungsfreiheit einer Person ein. Dazu gehören z. B. der Einsatz von Bettgittern, Fixierungen, die Wegnahme einer Gehhilfe oder das Einsperren in einem Zimmer.

Solche Maßnahmen unterliegen strengen Regelungen und dürfen nur mit einer gerichtlichen Genehmigung.

Im Rahmen der Beschwerdestelle können sich alle Personen an die Monitoring- und Beschwerdestelle NRW wenden, die von Gewaltvorkommnissen im Zusammenhang mit freiheitsbeschränkenden und freiheitsentziehenden Maßnahmen in Einrichtungen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz

Die Monitoring- und Beschwerdestelle NRW arbeitet unabhängig und ist fachlich nicht weisungsgebunden. Die Eingaben werden vertraulich behandelt.

Sie bietet Hilfestellung und Beratung, indem sie Informationen bereitstellt und gegebenenfalls an bestehende Beratungs- und Aufsichtsstrukturen vermittelt.

In anonymisierter Form werden die Eingaben erfasst und zur Darstellung des Status quo sowie zu Präventionszwecken ausgewertet.

Pflege - Heimaufsicht

Alle im Kreis Kleve gelegenen Wohn- und Betreuungsangebote für ältere oder pflegebedürftige Menschen oder Menschen mit Behinderungen werden durch die Beratungs- und Prüfbehörde des Kreises Kleve (Heimaufsicht) überprüft.

Diese behördliche Qualitätssicherung dient dazu, die Interessen und Bedürfnisse der Nutzer und Nutzerinnen vor Beeinträchtigungen zu schützen. Zu diesem Zweck beraten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Kreises Kleve alle Personen, die ein berechtigtes Interesse haben, in allen Fragen des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG).

Fragen und Beschwerden im Zusammenhang mit einem Heimaufenthalt können direkt an die Heimaufsicht des Kreises Kleve oder Wesel gerichtet werden:

**Heimaufsicht Kreis Kleve:
Tel. 02821/85-100**

**Heimaufsicht Kreis Wesel:
Tel.: 0281/207-0**

Sollten Sie akut von Gewalt bedroht sein, rufen Sie bitte die Polizei.

Kontakt Monitoring- und Beschwerdestelle NRW:

Telefonnummer: 0211 - 855-4499

E-Mail: gewaltschutz@lbbp.nrw.de

Sollten Sie uns telefonisch nicht erreichen, können Sie eine Nachricht auf dem Anrufbeantworter hinterlassen.